

Dresdner Volkszeitung

Hauspostamt: Leipzig.
Auben & Comp., Nr. 20012.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten monatlich 2,75 M., durch
die Post bezogen vierteljährlich 8,25 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Ostpreußen-Litauen 12,00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Verlagszeitung von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8-spaltige Hauptzeile 1,50 M., Familienanzeigen
1,00 M., die 8-spaltige Reklamazeile 4,50 M., einschließlich Inzerentensteuer. Bei
wiederholter Auftragsarbeit. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Ohne Be-
stätigung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefbeantwortung 20 Pf.

Nr. 61/62

Dresden, Dienstag den 16. März 1920

31. Jahrg.

Kein Verhandeln mit den Hochverrättern!

Die Lügen der Berliner Abenteurer — Hindenburg gegen Kapp — Die Dresdner Reichswehr für die sächsische Regierung — Der blutige Dresdner Montag: 46 Tote, 250 Verwundete

In ganz Deutschland ist der Widerstand gegen die Berliner Abenteurer spontan aufgebrochen. Berlin streift und mag in seiner wirtschaftlichen Totenstille den Kapplenten im kleinen ein Bild geben von dem, was Deutschland binnen kurzem im großem sein kann, wenn diese Regierung nicht abtritt. Die Arbeiterklasse ist vom Generalstreik in ganz Deutschland nur mit Mühe abzuhalten, und wenn es sein muß, wird der Massenonstand auch über ganz Deutschland von den sozialistischen Parteien erklärt werden.

Die Berliner Staatsstreicher suchen ihre lächerliche Stellung durch größtmögliche Kundgebungen und dauernde Bluffschreien zu stützen. Wir lehnen es ab, Kundgebungen nachzubilden, die für uns weiter nichts sind als ein wertloses Fetzen Papier. Eine Rochricht befand, daß Kapp der verfassungsmäßigen Regierung gestern Verhandlungen angeboten habe zwecks Bildung eines Kabinetsministeriums. Ebert und Noske sollen bleiben, ebenso andere Mitglieder der bisherigen Regierung. Wir glauben uns in Übereinstimmung mit der Masse unserer Parteigenossen zu befinden, wenn wir sagen: Ein Verhandeln mit den Staatsstreichern kann es nicht geben! Der Kampf muß bis zur Entscheidung durchgefochten werden. Leute, die in so verbrecherischer Reichfertigkeit den Bürgerkrieg zu entfesseln, die Existenz der ganzen Nation aufs Spiel zu setzen drohen, gehören nicht an den Verhandlungstisch. Sie müssen zu behandeln werden, wie es der fanatische Reichswehrminister von Kapps Gnaden, Herr von Rüttow, mit seinen Begnern tun möchte. Dieser Rüttow hat eine Kundgebung erlassen, in der er Willkürorgane auffordert, alle sozialdemokratischen Redakteure, Führer, Redner zu verhaften und jeden, der sich gegen das Berliner Kollaboratregime wendet, zu erschießen. Das mag dem deutschen Volke einen Vorgeschmack von dem weißen Schrecken geben, den die Reaktion loslassen würde, wenn sie sich über Deutschland verbreiten könnte. Wir wollen sie auf Granit beßen lassen, daß ihr die Zähne für alle Zeiten weg tun!

Morgen wird in Stuttgart die Nationalversammlung zusammengetreten. Es ist vorauszuweisen, daß die Mehrheitsparteien sich geschlossen gegen die Staatsstreicher wenden. Zu wünschen bleibt weiter, daß sich die Deutschnationalen dort endlich bestimmen erklären, als in der Entscheidung, die der geschäftsführende Ausschuss des Landesverbandes Sachsen der Deutschnationalen Volkspartei am 15. März einstimmig gefaßt hat und in der die Herrschaften verblümt den Staatsstreich zu rechtfertigen suchen. Ebenso hat die Deutsche Volkspartei einen Aufruf erlassen, mit dem sie sich vorsichtigerweise zwar nicht für Kapp und nicht für den Berliner Putsch, wohl aber gegen die Regierung Ebert-Bauer und für eine „vermittelnde Haltung“ ausspricht. Warum so genterlich? Warum lassen die verstockten Reaktionsäre die Maske nicht endlich deutlicher fallen? Das Volk weiß ja ohnehin, woran es mit diesen Herrschaften ist, die sich im November 1918 so schnell auf den Boden der neuen Ordnung stellten, als ihnen der Boden zu reaktionären Extratouren noch zu heiß war und die sich zur Stunde so gern entschieden, als es ihre Kundgebungen sind, auf den Boden einer neuen reaktionären Ordnung stellen würden, wenn ihnen die Erfolgsaussichten nicht zu trübe wären!

Die Arbeiterklasse hat den reaktionären Hochhändschuß aufgenommen und wird den Kampfparolen der sozialistischen Parteien folgen. Eine wesentliche Voraussetzung zum Siege, an dem für uns nicht zu zweifeln ist, bleibt die Einheit und Geschlossenheit des werktätigen Volkes. Der gestrige Generalstreik in Dresden bedeutete die erste vollständige Arbeitsruhe, die die werktätigen Massen über die sächsische Hauptstadt verhängen. Die politische Wirkung der gewaltigen Aktion hätte für alle offenen und versteckten Rückwärtler von einer durchschlagenden Wirkung sein müssen, wenn die Kundgebungen nicht einen so traurigen und blutigen Abschluß gefunden hätten. Soweit sich bisher übersehen läßt, tragen einen großen Teil Schuld daran die Kommunisten, die sich den Tag über bemühten, in der Bevölkerung Verwirrung anzurichten und Neugier zu verbreiten. Jeder Arbeiter, der sich klar

ist über die Bedeutung des Kampfes, in dem wir stehen, muß sich von diesen verantwortungslosen Elementen mit Verachtung abwenden.

Nur Geschlossenheit und Einheitsfront des Handelns können uns einen vollständigen Sieg verbürgen. Das gilt auch für unser Zusammenarbeiten mit der U. S. P. Wenn wir schon eine gemeinsame Front bilden und halten wollen, so ist der Burgfrieden für beide Teile eine Selbstverständlichkeit. Die Unabhängigen haben diesen Burgfrieden im Bezirk Dresden nicht so gehalten, wie es wünschenswert wäre. Es hat keinen Zweck, daß wir in dieser Stunde einander diese oder jene vermeintliche Sünden vorrechnen. Die Vertreter der U. S. P. wissen, daß wir auf alle Vorwürfe mit einer gleichen Anzahl Gegenantworten antworten können. Darin haben sich beide Teile lange genug geübt — jetzt gilt es Wichtige.

Jetzt gilt es gegen die Reaktion einen Widerstand zu organisieren, der ihr die Lust zu weiteren Streichen ein für allemal benimmt!

Vermittlungsversuche überflüssig

Stuttgart, 15. März. Das Reichskabinett ist am Montag, nachmittags 4 Uhr, in Anwesenheit des Reichspräsidenten, des Reichskanzler Bauer, des Präsidenten und ersten Vizepräsidenten der Nationalversammlung sowie unter Beteiligung der württembergischen Staatsregierung zu einer Sitzung zusammengetreten. Es bestand volle Übereinstimmung darüber, daß die Nationalversammlung am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, im Kunstgebäude in Stuttgart zusammenzutreten soll.

Mit den Staatsstreichern in Berlin werden keinerlei Verhandlungen gepflogen werden. Die verfassungsmäßige Reichsregierung fordert vielmehr die bedingungslose Abbanfung der Kapp und Genossen.

Berlin, 15. März. Ueber die gegenwärtige Lage der Regierung Kapp erfahren die V. P. Nachr.: Sämtliche süddeutschen Regierungen und Militärkontingente, also Bayern, Baden, Württemberg und Hessen, ferner Thüringen und Sachsen, sowie Mecklenburg, Danzig, Bremen und Oldenburg, haben sich geschlossen auf die Seite der Nationalversammlung und der Regierung Ebert-Bauer gestellt. Reichspräsident Ebert hat eine neue Verfügung erlassen, wonach allen Beamten verboten ist, der neuen Regierung Dienste zu leisten. Wer diesem Befehl zuwiderhandelt, wird dafür zur strengsten Verantwortung gezogen werden. Ebenso sei es verboten, an die neue Regierung irgendwelche Gelder auszugeben.

Hindenburg verurteilt den Staatsstreich!

Berlin, 16. März. Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat an Kapp ein Telegramm gerichtet, indem er die Berliner Stellen eindringlich ersucht, die Truppen aus Berlin zurückzuführen und den verfassungsmäßigen Zustand wieder herzustellen. Gleichzeitig hat Hindenburg dem Reichspräsidenten Ebert Mitteilung von seinem Telegramm nach Berlin gemacht und ihn gebeten, in der Frage der Neuwahlen zur Nationalversammlung nachzugehen.

Treugelöbniß der Reichswehr

Dresden, 15. März. Die sächsische Regierung hat folgende Bekanntmachung erlassen:

An das sächsische Volk! Sämtliche Truppenteile, Offiziere und Mannschaften, haben soeben im Beisein vom Minister Schwabitz feierlich gelobt, sich rückhaltlos hinter die geltende Reichsverfassung und die rechtmäßige Regierung des Reiches und des Freistaates Sachsen zu stellen. Sie verurteilen aufs Schärfste den reaktionären Putsch in Berlin.

Die Reichswehrgelöbten wollen in enger Fühlung mit der Arbeiterklasse und dem Bürgertum bleiben. Sie ersuchen deshalb die Bevölkerung, auch sie als treue Volksgenossen zu betrachten und ihnen keinerlei Schwierigkeiten bei Durchführung der Aufgaben zu bereiten, die sie im Interesse des Volkes übernehmen werden.

Dresden, 15. März 1920.

Die sächsische Regierung:
Dr. Gradnauer, Ministerpräsident.

Soldaten der Reichswehr!

Unter unsäglichen Schwierigkeiten ist es uns gelungen, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Vaterlandes aus der schlimmsten Zerrüttung herauszubringen. Unser armer, durch den Krieg und seinen unglücklichen Ausgang bis zum äußersten erschöpft und fast ganz erblindet, aufzustehen. Die Produktion begann sich zu heben. Die seit langem steigende Inflation zeigte, daß auch das Vertrauen des Auslandes in unsere wirtschaftliche Kraft zurückkehrte. So hand auch eine heilige Befreiung der Ernährungsverhältnisse in Aussicht.

Alles das ist durch das verbrecherische Vorgehen eines kleinräumigen reaktionären politischen Abenteurers, denen sich leider ein Teil der um Berlin liegenden Reichswehr als williges Werkzeug hergab, wieder in Frage gestellt worden. Aus dem inneren Unmut tritt die steigende Gefahr einer erneuten Spannung der auswärtigen Lage hinzu. Gewalttaten der Reaktion drohen wiederum. So ist die Existenz des Reiches selbst von innen und außen bedroht.

Angesichts dieser tiefsten Lage rufen wir an euch, Soldaten der Reichswehr, die Aufforderung, hört und, weres Volk vor neuen, furchtbaren Unfällen zu bewahren! Auch sind wir Bewissen habt ihr euch zum Schutze der Reichsverfassung und zum Gehorsam gegen die durch die Nationalversammlung präsumiert eingesetzte Regierung verpflichtet. Wir appellieren an eure Ehre als Soldaten und Bürger eines freien Staates. Die verfassungsmäßige Mehrheit der Bevölkerung in Stadt und Land hat auf dem Boden der neu geschaffenen konstitutionellen Ordnung. Sie verurteilt das Vorgehen der Berliner Staatsstreicher, das von neuem so großes Unheil über unser Volk zu bringen droht. Selbst rechtliche Strafe und dieser Aufforderung haben doch vor einigen Tagen die Führer der Reichsregierung des Nationalversammlung, Graf Polakowsky und Dr. Götze, übereinstimmend erklärt, daß der Versuch einer gewaltsamen Beilegung der Republik ein verbrecherischer Wahnsinn ist.

Darum: Hört und lasst euch nicht von diesem verbrecherischen Wahnsinn zu lassen. Haltet starr an eurer heiligen Pflicht fest. Befolgt ihre Befehle mit prompter Gehorsamigkeit. Weist jeden Versuch, euch zu Erdrückung und Schrecken zu verurteilen, mit Entschiedenheit zurück. Tut mit uns euer Bestes, um unser Volk auch aus dieser neuen Lebensgefahr zu retten, und nach so vielen Schrecken und Leiden einer besseren Zukunft entgegenzuführen.
Dresden, 14. März 1920.
Reichsminister Noske. Reichspräsident Ebert.

Verwirrungsversuche

Von Berlin aus geht eine Anzahl Nachrichten ins Land hinaus, deren Zweck offenbar ist, Verwirrung im Lande zu verbreiten, so z. B. die, daß Einigungsverhandlungen zwischen der Regierung Ebert-Bauer und den Berliner Staatsstreichern im Gange sind. Wir halten diese Nachrichten ebenso für falsch wie viele andre, die von Berlin aus verbreitet werden. Wir sind aber nicht in der Lage, im einzelnen festzustellen, was wahr und was richtig ist und geben deshalb die Meldungen, die uns zugegangen sind, mit allem Vorbehalt wieder.

Berlin, 15. März. Die Reichsregierung Kapp gibt bekannt, daß der frühere Reichspräsident Ebert-Noske ist auf deren Wunsch in Verhandlungen eingetreten worden, und zwar auf folgenden allgemeinen Grundzüge: Es wird ein Kabinett aus Sachministern gebildet unter Leitung der Reichspräsidenten des bisherigen Kabinetts. Es finden binnen zwei Monaten Neuwahlen zum Reichstag und zur Reichlichen Landesversammlung statt. Im Hinblick hierauf findet auch die Neuwahl des Reichspräsidenten durch das Volk statt. Der bisherige Herr Präsident wird gebeten, bis zur erfolgten Wahl die Präsidentenpflicht weiter zu bekleiden, bis zur Wahl durch den Ausschuss des Reichspräsidentenrats und im Reich wird durch den Ausschuss des Reichspräsidentenrats eine zweite Kammer der Arbeit gebildet. Die neue und alte Regierung erlassen gemeinsam eine Erklärung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Generalstreik ein Verbrechen an deutschen Volke ist. Bis zur Entscheidung über diese Vor schläge hat der Reichskanzler Kapp von der Bildung eines neuen Kabinetts abgesehen und die dienstältesten Staatssekretäre mit der Leitung der Geschäfte beauftragt.

Eine freche Lüge!

Berlin, 15. März. Aus der Reichskanzlei geht uns folgende Mitteilung zu:

Die alte an die neue Regierung! Die nach Stuttgart geschickte alte Regierung hat dem Reichskanzler Kapp durch den General Raeder Vorrechte für eine gütliche Einigung unterbreiten lassen. Die neue Regierung hat sich ihre Stellungnahme dazu vorbehalten. Die in den Generalstreik tretenden Betriebe werden aufgefordert, bis zur Einigung dieser Einigungsbestrebungen die Arbeit aufzunehmen. Die alte Regierung soll angeblich von den Reichsanwaltschaften, welche für ihre und zweckloser Haltung zum Generalstreik im Gefolge hat, ganz besonders in den Reihen ihrer eigenen Soldaten und Parteigenossen. Denn sie hat bis zu ihrem Sturz den Generalstreik selbst als Verbrechen bezeichnet und will ihn nun selbst im eigenen Interesse zum Schaden des Volkes antworten, um sich im Geiste ihrer Ministerpflicht zu halten. Dem Vernehmen nach soll die alte Regierung zum